



HESSISCHER LANDTAG

11. 06. 2024

Plenum

Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hessischer Hochschulpakt 2026 bis 2030: Land muss weiter einen verlässlichen Finanzierungsrahmen für gute Studienbedingungen und faire Beschäftigung schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag betont, dass die rund 55.000 Beschäftigten und 250.000 Studierenden an Hessens Hochschulen gute und verlässliche Bedingungen für Studium, Lehre und Forschung brauchen. Eine auskömmliche und verlässliche Grundfinanzierung ist die wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche und strategische Weiterentwicklung der Hochschulen mit starker Forschung und guten Studien- und Arbeitsbedingungen. Der Landtag stellt mit Bedauern fest, dass die Landesregierung bisher keine konkreten Zusagen für eine verlässliche Hochschulfinanzierung in den kommenden Jahren gemacht hat. Vielmehr plant die Landesregierung mit dem Nachtragshaushalt 2024 bereits im aktuellen Hochschulpakt Einsparungen in Höhe von ca. 30 Mio. Euro vorzunehmen. Die Kürzung der wichtigen Programme zum Personalausbau bei Professuren und im Mittelbau der Hochschulen für angewandte Wissenschaft um ca. 25 Prozent wird zu Stellensperren, weniger Personal und damit auch zu einem Qualitätsverlust in Forschung und Lehre führen. Für Hessens Hochschulen folgt auf Jahre verlässlicher Finanzierung und Planbarkeit eine Phase der Unsicherheit und Rückschritte.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den mit dem aktuellen Hochschulpakt eingeschlagenen Kurs einer verlässlichen und jährlich um vier Prozent steigenden Grundfinanzierung im Hessischen Hochschulpakt 2026 bis 2030 beizubehalten. Auch der kommende Hochschulpakt muss so ausgestaltet werden, dass er Hessens Hochschulen echte finanzielle Gestaltungsspielräume zur strategischen Weiterentwicklung schafft. Da Digitalisierung eine Daueraufgabe für Hessens Hochschulen darstellt, fordert der Landtag die Landesregierung auf, den Digitalpakt zukünftig in den Hochschulpakt als Teil der Grundfinanzierung zu übernehmen.
3. Der Landtag betont, dass Investitionen in eine hohe Qualität von Studium und Lehre im kommenden Hochschulpakt weiterhin Priorität haben müssen. Die im aktuellen Hochschulpakt von durchschnittlich 72 Studierenden pro Professorin bzw. Professor auf durchschnittlich 62 Studierende pro Professorin bzw. Professor zu senkende Betreuungsrelation muss weiter reduziert werden. Die hierfür von Landesseite geschaffenen 300 W-Stellen für Professuren müssen in voller Höhe im Hochschulpakt weiter finanziert werden. In den hochschulindividuellen Zielvereinbarungen muss Chancengerechtigkeit in der Bildung weiterhin ein zentrales und überprüfbares Ziel sein.
4. Der Landtag erklärt, dass ein zentrales Ziel des kommenden Hochschulpaktes sein muss, den Ausbau unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse nach der Promotion finanziell wie konzeptionell weiter zu beschleunigen und fordert die Landesregierung auf, sich ein ambitionierteres Ausbauziel zu setzen. Der im aktuellen Hochschulpakt vereinbarte Aufwuchs auf 1.624 unbefristeten Stellen bis 2025 entspricht einer Steigerung von ca. 15,25 Prozent. Das von der Landesregierung angekündigte Aufwuchsziel auf 1.850 unbefristeten Stellen bis 2030 stellt hingegen eine Steigerung von nur 13,9 Prozent und damit eine Verlangsamung des aktuellen Ausbaupfads dar. Zudem müssen erneut individuelle Zielvereinbarungen mit den einzelnen Hochschulen geschlossen werden, in denen mit ihnen konkrete Entfristungsziele vereinbart werden. Gleichzeitig muss ein Mechanismus etabliert werden, der hohe Inflationsraten und Tarifabschlüsse bei der Hochschulfinanzierung berücksichtigt, um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen nicht zu gefährden.

5. Der Landtag stellt fest, dass der kommende Hochschulpakt darüber hinaus auch Antworten auf die aktuellen Herausforderungen im Bereich des Hochschulbaus liefern muss. Denn zu guten Bedingungen für Lehre und Forschung gehört nicht zuletzt eine gute bauliche und räumliche Ausstattung. Angesichts von Klima- und Energiekrise muss zudem die Energie- und Wärmewende an den Hochschulen weiter vorangetrieben werden. Der Landtag fordert deswegen die Landesregierung auf, den kommenden Hochschulpakt mit einer vierten Hochschulbauoffensive zu flankieren, die erneut prioritär die Sanierung alter und baufälliger Gebäudesubstanz sowie die CO₂-Neutralität an Hessens Hochschulen adressiert.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 11. Juni 2024

Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)